

Buchkritik

Comeback à la Corleone

Machtverlust anerkennen, Manövrierfähigkeit bewahren, Möglichkeiten nutzen:
Wie Amerika sich neu erfinden kann

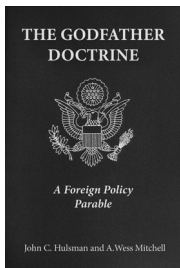
Jan Techau | Seit der Wahl Barack Obamas zum US-Präsidenten hat die amerikanische Seelenforschung auch publizistisch wieder Hochkonjunktur – von der nüchternen Analyse über Programmschriften bis zur Wiederaneignung einer zwischenzeitlich abgekühlten Liebe. Drei Neuerscheinungen zeugen davon, wie schwer es ist, den Neuanfang zu gestalten.

Sie haben es derzeit nicht leicht in Amerika, die gemäßigten Konservativen. Waren sie bereits unter George W. Bush von Einfluss und Fleischtopfen abgeschnitten, stehen sie nun vor mindestens vier weiteren Jahren des Ausharrens an den Seitenlinien der großen Politik. Und auch im innerparteilichen Neuaufstellungs- und Deutungskrieg mit den Neokonservativen zeichnet sich kein Triumphzug der klassischen Republikaner ab.

Als Dokument dieses Kampfes um die Zukunft des Konservatismus in den USA kann das kleine, aber höchst originelle Buch von John Hulsman und Wess Mitchell gelesen werden, das unter dem Titel „The Godfather Doctrine“ eine Rehabilitierung der realistischen Denkschule in der amerikanischen Außenpolitik anstrebt. Besorgt, dass die nüchterne, an Macht, Interesse und Fähigkeiten ausgerichtete außenpolitische Analyse vom linksliberalen Idealismus und vom aggressiv-missionarischen Neokonser-

vatismus zur Seite gedrängt wurde und dass diese verhängnisvolle Liebe zu weltverbesserischen Großtheorien Amerika und seinen Verbündeten nur schaden kann, entwerfen sie ein Gegenprogramm. Ausgehend von der These, dass die amerikanische Dominanz Geschichte ist und eine multipolare Welt entsteht, mahnen sie flexible Strategien, den pfleglichen Umgang mit Alliierten und das Eingeständnis amerikanischen Machtverlusts an.

Hulsman und Mitchell reicht es aber nicht, auf den diesseitig-praktischen Common Sense des Realismus hinzuweisen. Mit einem cleveren pädagogischen Schachzug wollen sie nachweisen, dass diese, ob ihres angeblichen Zynismus und ihrer Kälte oft geschmähte Denkschule in Wirklichkeit tief im amerikanischen Wesen angelegt ist: „Als vordringlichste Aufgabe den Schutz Amerikas und seiner Bürger anzusehen (...); in der Überzeugung zu handeln, dass die Konzentration von zuviel Macht in einer Hand



John C. Hulsman
& A. Wess Mitchell:
*The Godfather
Doctrine: A Foreign
Policy Parable.*
Princeton University
Press 2009,
96 Seiten, 9,95 \$

(oder bei einem Staat) zu Missbrauch verführt und deshalb eines Gegengewichts bedarf; anzuerkennen, dass keine Regierung der Welt allein (...) über die Lösungen für globale Probleme verfügt – all dies sind sowohl originär amerikanische Überzeugungen als auch Leitprinzipien des politischen Realismus.“ (S. 12 f.).

Als Vehikel für diese Botschaft benutzen die Autoren eine Ikone der amerikanischen Populärkultur, den legendären Mafiamovie „Der Pate“ von Francis F. Coppola. Das Schicksal der Corleone-Familie, deren beherrschende Stellung in der New Yorker Unterwelt nach Attentaten und durch neue Geschäftsmodelle bedroht ist, wird der Rolle Amerikas als geschwächte Weltordnungsmacht gegenübergestellt. Die unterschiedlichen Strategien der drei Corleone-Söhne nutzen Hulsman und Mitchell als Platzhalter für die amerikanische Debatte nach 9/11. Während Tom als Rechtsberater des Clans auf bedingungsloses Verhandeln setzt und damit den „Liberal Institutionalists“ der Demokraten gleicht, steht Sonny, der hitzköpfige und auf Rache drängende Tatmensch, für die Neocons. Beide scheitern, weil sie, wie ihre Pendants in der echten Welt, Illusionen über die Wiederherstellung alter Größe anhängen. Einzig Michael, der Realist, hat Erfolg, indem er den Machtverlust der Familie anerkennt, in einer Mischung aus Härte und Verhandlungsgeschick Manövrierfähigkeit bewahrt, Freunde und Helfer pflegt und die Familiengeschäfte in neue Gefilde lenkt.

Hulsman und Mitchell erkennen an, dass die Parallele zwischen Film und großer Politik nicht beliebig dehnbar ist, aber es ist erstaunlich – und für jeden Kenner des „Paten“ ein feines

Vergnügen – zu sehen, wie weit die Analogie trägt. Nicht jeder Prämisse dieses kurzen und daher vereinfachten Buches muss man zustimmen. Aber so wie wir noch heute Sophokles und Shakespeare als zeitlose Analysen der Condition humaine lesen, so bietet auch Coppolas Meisterwerk archetypische Konfliktkonstellationen, die ganz praktische Relevanz haben. Schade nur, dass die konkreten Politikempfehlungen sehr dünn und allgemein ausfallen. Vielleicht in Teil II?

Das genaue Gegenteil des Corleone-Essays stellt das mit großem Medienaufwand lancierte Buch „Mission Amerika“ des Journalisten-Veteranen Dieter Kronzucker und des ehemaligen US-Botschafters in Deutschland, John Kornblum, dar. Sie versprechen eine Analyse der „Weltmacht am Wendepunkt“, liefern jedoch ein betulich erzähltes und argumentativ kaum greifbares Werk ab, das allzu viel auf einmal sein will: kulturhistorische Charakterstudie Amerikas, Biografie Barack Obamas, Abrechnung mit George W. Bush, Reportage vom Ort des Geschehens, soziologische Großthese und Anekdotenkoffer zweier Weitgereister. Originelles kommt dabei kaum heraus, stattdessen die geradezu mantrahafte Beschwörung der neuen präsidentialen Erlöserfigur und das ausgedehnte Heranziehen der Amerikaklassiker von Tocqueville bis hin zu Oprah Winfrey und dem Baedeker von 1893.

Das ist schade, denn in dieser Fülle des Schon-oft-gesagten geht die Kernthese völlig unter – sie kommt auf Seite 153. Kornblum behauptet an dieser Stelle, dass die Wahl Obamas einem tief greifenden Wandel in der amerikanischen Gesellschaft geschuldet sei. Die Ära Bush sei „das tragische letzte



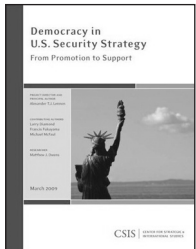
John Kornblum & Dieter Kronzucker: *Mission Amerika. Weltmacht am Wendepunkt.* München: Redline Verlag 2009, 320 Seiten, 24,90€

Kapitel der Polarisierung als Folge der Kulturkriege, die in den tumultartigen sechziger, siebziger und achtziger Jahren geführt wurden.“ Obamas Wahl markiere „das Ende der Ära der Konfrontation“, er „scheint die weit verbreitete Bereitschaft der amerikanischen Wähler gespürt zu haben, mit der Wut und den Konfrontationen der Nachkriegskonflikte abzuschließen“. An dieser Stelle hätte das Buch relevant werden können, doch die große These bleibt hingeworfene Behauptung. Nicht einmal die vorhersehbaren Einwände werden entkräftet: Wer sich die ersten Monate von Obamas Amtszeit ansieht, stellt fest, dass Politik und Gesellschaft weiter zutiefst gespalten sind, und auch Obamas Wahlsieg war solide, aber kein Erdbeben. Das alles springt sowohl als Geschichtsbuch als auch als gesellschaftspolitische Puls-messung zu kurz. Daran können die Lobpreisungen von prominenten Zeitgenossen auf dem Umschlagrücken nichts ändern. Und die bisweilen ziemlich staksige Übersetzung der Kornblum-Anteile leider auch nicht.

Einen intellektuell hochwertigen Debattenbeitrag zur außenpolitischen Runderneuerung Amerikas stellt dagegen die Studie von Alexander T. J. Lennon zur Demokratieförderung dar. Lennon ist Senior Fellow für internationale Sicherheit am renommierten US-Think-Tank CSIS in Washington und Chefredakteur des hauseigenen Journals *The Washington Quarterly*. Nicht nur legt er ein eigenes Weißbuch mit Vorschlägen für die Demokratieförderung der Zukunft vor, er holt sich auch gleich noch drei angesehene Kritiker, darunter Francis Fukuyama, mit ins Boot, die das Konzept überprüfen und ihrerseits Vorschläge

machen. Das zeugt vom ernsthaften Bestreben, die in der Bush-Ära oft als anmaßende Missionstätigkeit verteu-felte Demokratieförderung in der Welt auf neue, akzeptable Füße zu stellen. Denn dass Amerika diese Mission fortsetzen wird, macht Lennon gleich zu Beginn klar. Zu sehr sei Demokratie die Idee, die Amerika treibe, und zu sehr bleibe die Verbreitung von Demokratie ein nationales Kerninteresse. Umso wichtiger die Frage nach den Methoden. Als Konsens der Autoren kristallisiert sich dabei die Ablehnung von Militäreinsetzung zur Schaffung (nicht hingegen für die Wiedereinsetzung) von Demokratie heraus, und die Erkenntnis, dass Wahlen noch lange keine Demokratie ausmachen.

Was aber stattdessen tun? Lennon und seine Mitstreiter lenken den Blick vom Irak auf Ägypten als wichtigstem Testfall amerikanischer Demokratieförderung. Nur die eigene Glaubwürdigkeit, die Überzeugungsarbeit, das Schaffen politischer Anreize für die Machthaber vor Ort und das Wissen um die evolutionäre Natur von Demokratisierungsprozessen seien am Ende vielversprechend. Für Europäer und Amerikaner, die in Afghanistan, im Irak und auf dem Balkan Seite an Seite um die Schaffung von Staatlichkeit und Demokratie ringen, kann die Lektüre dieses profunden Buches eine wichtige Anregung für die Entwicklung einer besser abgestimmten Politik sein.



Alexander T. J. Lennon:
Democracy in U.S. Security Strategy: From Promotion to Support.
Washington: Center for Strategic and International Studies
2009, 140 Seiten,
22,95 \$



JAN TECHAU
leitet das Alfred von
Oppenheim-Zentrum
für Europäische
Zukunftsfragen im
Forschungsinstitut
der DGAP.

Krieg erklären

Neue Bücher zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik

Henning Riecke | „Bundeswehr liefert sich Gefecht mit Taliban“ (4.6.), „Deutsche Soldaten töten zehn Taliban“ (12.6.): Meldungen über Scharmützel aus Afghanistan sind nichts Neues. Dass deutsche Soldaten daran beteiligt sind, schon. Kommt doch Deutschlands Sicherheitspolitik seit 60 Jahren eher vorsichtig daher – zu vorsichtig? Drei neue Debattenbeiträge.

Mit einer Anklage und sichtlich genervt meldet sich Stefan Kornelius, Leiter des außenpolitischen Ressorts der *Süddeutschen Zeitung*, in der Afghanistan-Debatte zu Wort: „Der unerklärte Krieg: Deutschlands Selbstbetrug in Afghanistan“ behandelt die Widersprüche des deutschen Einsatzes am Hindukusch. In dem provokativen Band aus der schmucken Reihe „Standpunkte“ der Edition Körber-Stiftung beginnt der Journalist mit einer neuen Definition von „Kriegserklärung“: Heute muss ein Staat einen Krieg nicht mehr formell erklären (dem Gegner), sondern vielmehr erläutern und verständlich machen (dem eigenen Wahlvolk). Dies fällt der Bundesregierung schwer. „Deutschland führt Krieg, aber vom Krieg darf man nicht sprechen.“ Um die selbst auferlegte Zurückhaltung mit den Herausforderungen in Afghanistan in Einklang zu bringen, muss sich die Bundesregierung gründlich in die eigene Tasche lügen.

Zu diesen Mythen gehört für Kornelius der Glaube, dass die übervorsichtigen Einsatzregeln die Deutschen bei ihrem Auftrag nicht behinderten. In Wirklichkeit verschafften sie den Taliban Freiräume und gefährdeten

die Soldaten langfristig eher, als sie zu schützen. Auch hielten die Deutschen hartnäckig an der künstlichen Trennung zwischen der eher zivilen Operation der International Security Assistance Force (ISAF) und der kriegerischen Operation Enduring Freedom (OEF) fest. So könnten sie den Aufbau im Norden als deutsches Anliegen verstehen und die Terrorbekämpfung im Süden als ein Problem anderer abtun – obwohl auch im Süden die ISAF schieße. Schönrednerei über den operativen Nutzen der Aufklärungstornados oder die deutschen Leistungen beim Polizeiaufbau sind weitere Beispiele für einen Selbstbetrug, dessen Opfer die deutschen Soldaten am Hindukusch seien.

Während die Amerikaner sich mittlerweile ehrlich die Größe der Aufgabe eingestanden und verstanden hätten, dass zivil wie militärisch mehr unternommen werden muss, halte Deutschland an seiner Zurückhaltung fest. Das erkläre sich auch aus der Mitwirkung des Bundestags, dessen Abgeordnete sich gegen eine Militarisierung der Afghanistan-Politik stemmten – und dabei überfordert seien. Dass die Bundesregierung selbst hinter den „Ca-



Stefan Kornelius:
Der unerklärte Krieg. Deutschlands Selbstbetrug in Afghanistan.
Hamburg: Edition Körber-Stiftung
2009, 110 Seiten,
10,00 €

veats“ steht, als eine Art Notbremse, um nicht unter Druck von außen in ein Himmelfahrtskommando zu schlittern, übersieht auch Kornelius.

Was der Autor, der nicht nur der Bundeskanzlerin ein gehöriges Desinteresse an Afghanistan bescheinigt, anschließend fordert, ist nicht wenig: Deutschland müsse sich endlich seiner außenpolitischen Interessen bewusst werden und den daraus entstehenden Handlungsbedarf akzeptieren. Kornelius erinnert an die historische Partnerschaft Afghanistans mit Deutschland, das zudem die Schirmherrschaft über den politischen Wiederaufbau des Landes übernommen habe. Gefragt seien jetzt mehr Ehrlichkeit und Pragmatismus bei der Definition der Ziele, flexiblere Einsatzregeln und mehr Geld für die zivile Entwicklung. Kornelius' Analyse sollte von allen gelesen werden, die in Deutschland über Afghanistan streiten – vor allem von den Abgeordneten im Bundestag.

Die deutsche NATO-Politik seit Ende des Kalten Krieges nimmt sich Marco Overhaus vor. In seiner Dissertation fragt der Politikwissenschaftler von der Stiftung Wissenschaft und Politik nach Gestaltungswillen und -strategien der Deutschen in der NATO (zwischen Initiative und Obstruktion), nach den Funktionen der Allianz, die ihnen wichtig sind, und nach Sicherheits- und Einflussinteressen gegenüber Verbündeten und Partnern. Dabei zeigt Overhaus erhebliche Widersprüche auf: Wenn es um die Transformation der NATO oder den Ausbau ihrer Fähigkeiten gehe, sei Deutschland stets engagiert dabei, in Sachen militärische Umsetzung dagegen hapere es.

Overhaus untersucht drei entscheidende Phasen der deutschen NATO-

Politik. Im Rahmen der ersten Osterweiterung bis 1999 erkennt der Autor eine aktive deutsche Gestaltungsrolle, allerdings ohne große Rücksichten auf die Verteidigungsfähigkeit der Allianz. Das Projekt galt der politischen Einbindung der Nachbarstaaten in multilaterale Strukturen und der Unterstützung von Reformen – immer unter Einbeziehung Russlands. In der zweiten Erweiterungsrunde bis 2004 ging es nur noch um das „Wie“ und nicht mehr um das „Ob“ der Aufnahme neuer Mitglieder. Ohne eine Führungsrolle einzunehmen, unterstützte Deutschland die Erweiterung, die mittlerweile enger mit der Ausdehnung der EU verzahnt war.

Beim Krisenmanagement der NATO in Bosnien und im Kosovo zeigte die Bundesrepublik – im Konflikt mit sich selbst über die Rolle des Militärischen in der Außenpolitik – eine passive bis verzögernde Haltung. Vor allem verhinderten die Deutschen zusammen mit anderen, dass die Kosovo-Operation ohne UN-Mandat zum Präzedenzfall für NATO-Kriseneinsätze wurde. Eine aktivere Rolle der Deutschen erkennt Overhaus bei der Abstimmung zur Krisennachbereitung und erneut bei der Einbindung Russlands. Deutschland brachte großen Gestaltungswillen auf, als es nach dem 11. September 2001 darum ging, die Solidarität mit den Amerikanern durch eine Beteiligung an der Stabilisierung Afghanistans auszudrücken. Den Aufbau der NATO Response Force (NRF) und die globale Neuausrichtung der NATO trug es später mit – aber ohne innere Überzeugung, wodurch es die Evolution der Allianz eher blockierte. Die Deutschen, so Overhaus, hätten den Antiterrorkampf als politische Ur-



Marco Overhaus:
Die deutsche NATO-Politik. Vom Ende des Kalten Krieges bis zum Kampf gegen den Terrorismus. Baden-Baden: Nomos 2009, 393 Seiten, 49,00€

sachenbekämpfung und nicht als Krieg verstanden, die Zurückhaltung gegenüber dem offensiven Einsatz militärischer Mittel präge ihre NATO-Politik. Die Allianz kann immer weniger sicherheitspolitische Funktionen übernehmen, die den Deutschen wichtig wären. Deutschlands NATO-Politik, das zeigt die Analyse, ist selten problemorientiert, sondern oft genug von Macht- und Einflussinteressen über politische Entwicklungen oder die Partnerstaaten selbst bestimmt. Nicht selten, möchte man anfügen, bestimmt das auch den Umfang des Engagements im Einsatz – zum Nachteil der Handlungsfähigkeit der Allianz.

Die profunde und gut belegte Darstellung endet vor der Verschärfung der Sicherheitslage in Afghanistan und den transatlantischen Streitigkeiten über die Risikoteilung in der ISAF. Das ist dem Autor nicht vorzuwerfen, doch würde man sich eine Anwendung seines Instrumentariums auf die aktuelle Krise wünschen. Es ist dagegen eine schmerzliche Fehlstelle, dass die zuweilen konkurrierende Orientierung der Bundesregierung an den Belangen der NATO einerseits und der entstehenden Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik andererseits in der Analyse nicht auftauchen. Letztere steht der deutschen Sicherheitskultur in Vielem näher als die globale NATO, bietet aber weniger Möglichkeiten einer Einflussnahme auf die Politik der USA.

Die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands und der Niederlande seit 1990 untersucht der Niederländer Jochen Stöger in einer interessanten Gegenüberstellung. Stöger beschäftigt sich mit „Krisen und Kriegen“, also mit Krisenmanagement, weniger mit politischen Anpassungsprozessen in der Al-

lianzen. Seine Hypothese ist, dass die Niederländer ihre Position wahren und die außenpolitische Marginalisierung verhindern, die Deutschen hingegen vornehmlich eine Normalisierung vorantreiben wollten, ohne die Angst vor deutscher Hegemonie zu schüren. Fallstudien analysieren den Golf-Krieg 1991, die Balkan-Kriege Mitte der Neunziger, den Kosovo-Krieg, den Krieg gegen den Terror und den Irak-Krieg. Dazwischen widmen sich Exkurse der Europa-Politik – sinnvollerweise, denn die Europäisierung der Außenpolitik ist ein Trend, dem beide Staaten unterliegen. Die gut lesbare Arbeit bietet damit auch eine Analyse der niederländischen Außenpolitik, wie sie in der deutschen Literatur selten ist.

Stögers Arbeit hat ihre Stärken dort, wo sie das Zusammenwirken der beiden Staaten untersucht. Das ist etwa beim Bilateralismus in den Verhandlungen über die deutsche Westbindung der Fall, in den Differenzen über den Maastricht-Vertrag, beim Aufbau des deutsch-niederländischen Korps oder in der Zusammenarbeit in Afghanistan. Sinnvoller als die deutsche und niederländische Politik in unterschiedlichen Kapiteln abzuhandeln wäre zuweilen eine verschränkte Darstellung gewesen – immerhin hatten die Niederlande die EU-Ratspräsidentschaft inne, als Deutschland Ende 1991 die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens propagierte.



Dr. HENNING RIECKE ist Programmleiter USA / Transatlantische Beziehungen im Forschungsinstitut der DGAP.



Jochen Stöger:
Krisen und Kriege. Deutschland und die Niederlande und die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen der neuen Ära seit 1990.

Münster: Agenda-Verlag 2008, 338 Seiten, 32,00€